

# > Berlin aktuell

## Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

### Berliner Diskussionen über Eingreifen des Staates

#### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

soll er, oder soll er nicht? Soll der Staat in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, oder soll er sich lieber heraushalten? Diese und ähnliche Fragen bestimmen zurzeit viele Diskussionen in Berlin.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz sind die Voraussetzungen geschaffen, dass der Staat die Hypo Real Estate-Bank (HRE) vollständig übernimmt und dazu nötigenfalls sogar die Aktionäre enteignet, die dann mit dem aktuellen Wert der Aktien entschädigt werden. Dabei muss jeder wissen, dass diese Bank schon längst Pleite wäre, hätte der Staat nicht mit inzwischen ca. 100 Mrd. Euro Bürgschaft diese Bank am Leben gehalten, um gravierendere Auswirkungen auf den gesamten Finanzmarkt in Deutschland zu verhindern. Hier ist der Staat bereit, „Schrott“ zu übernehmen, um Schaden von unserem Land abzuwenden.

Aber muss oder darf der Staat dann bei allen anderen Unternehmen, die auch in Schwierigkeiten kommen, ebenfalls aktiv eintreten und sich an Unternehmen beteiligen, z. B. bei Opel? Meiner Auffassung nach darf er dies nicht. Er darf es nur dort, wo es sich um „systemische“ Unternehmen handelt, also um Unternehmen, die das gesamte Gefüge einer Branche oder des gesamten Wirtschaftslebens in Deutschland bestimmen. Dies ist bei der HRE angesichts der vielfältigen Finanzverflechtungen der Fall, aber nicht bei einem einzelnen Automobilhersteller – egal, um wen es sich handelt. Zu der Unterstützung dieser Unternehmen stehen mit Bürgschafts- und Kreditprogrammen vielfältige Instrumente zur Verfügung, um den Herausforderungen der Krise zu begegnen. Diese Instrumente stehen Opel wie jedem anderen mittelständischen Unternehmen zur

Verfügung. Eine Sonderrolle ist aber schwer vertretbar, nur weil die Zahl der Arbeitsplätze eine höhere ist. Meiner Auffassung nach wiegt die Existenz eines kleinen mittelständischen Betriebes genauso viel wie die eines großen Unternehmens, das eine ganz andere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Diese Linie vertritt auch der neue Wirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, der einen hervorragenden Start in sein neues Amt hatte. Ich habe ihn inzwischen bei einer Reihe von Veranstaltungen erleben können, zuletzt auf der großen Maritimen Konferenz in Rostock, wo er vor ca. 1.000 Gästen Optimismus verbreitet hat und vor den Unternehmern einen überzeugenden Auftritt bieten konnte. Ich bin sehr sicher, dass die Bundesregierung und die Union mit ihm einen großen Gewinn verzeichnen kann – gerade in den wirtschaftlich turbulenten Zeiten, die wir gerade erleben.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Osterzeit und grüße Sie sehr herzlich Ihr



Ingbert Liebing, MdB



Als „Musterkandidat“, dessen Bild alle Wahlkampfmaterialien für die Parteigremien als Ansichtsmaterial zielt, ist Ingbert Liebing derzeit zu sehen. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla tourt gerade durch Deutschland und stellt die Werbelinie vor - immer mit dem Musterkandidaten Liebing im Gepäck. Im Berliner Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Bundesgeschäftsstelle, traf Liebing auch mit seinem Bundestagskollegen Pofalla zusammen. Im bewährten CDU-Design sind nun vom Kandidaten-Plakat bis zum entsprechenden Briefbogen alle Vorlagen für einen gut gestalteten Wahlkampf vorhanden; die Partei ist gut vorbereitet für den Bundestagswahlkampf.

## Neue Lösung für Jobcenter muss her!

Für einen neuen Anlauf, um noch in dieser Wahlperiode zu einer Lösung für die „Jobcenter“ zu gelangen, hat sich Ingbert Liebing in der Beratung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingesetzt. Bei der Auseinandersetzung geht es um die Umsetzung eines Bundesverfassungsgerichtsurteils, das die Arbeitsgemeinschaften zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kommunen zur Betreuung und Vermittlung Langzeitarbeitsloser für verfassungswidrig erklärt hatte. Eine neue Lösung muss nach Liebings Auffassung sowohl das Verfassungsgerichtsurteil umsetzen und eine Nachfolgelösung für die Arbeitsgemeinschaften beinhalten, aber auch die vorhandenen Optionskreise, die die Aufgaben der Bundesagentur in kommunaler Verantwortung wahrnehmen, dauerhaft absichern und zugleich allen Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland die Möglichkeit eröffnen, wenn sie es wollen, ebenfalls diese Aufgaben gebündelt in einer Hand auf kommunaler Ebene wahrzunehmen. Diese dauerhafte Absicherung ist gerade für den Optionskreis Nordfriesland wichtig.

Zugleich kritisierte Ingbert Liebing das Verhandlungsergebnis von Bundesminister Scholz und den Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers. Die Nachfolgelösung für die Arbeitsgemeinschaften in Form von „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) ist viel zu bürokratisch. Wir brauchen eine Lösung, die nicht mehr Bürokratie und Koordinierungsaufwand mit vielen Prüfungen zur Folge hat, sondern ein Höchstmaß an Flexibilität vor Ort. Daher war es richtig, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Verhandlungslösung abgelehnte, da sie für die Optionskreise keine dauerhafte Absicherung gebracht hätte. Die Lösung für die Option ist am massiven Widerstand der SPD und Bundesminister Scholz gescheitert. Wenn die SPD eine Lösung noch in dieser Wahlperiode erreichen möchte, was dringend geboten wäre, dann muss sie sich hier bewegen und darf nicht auf ihren Maximalpositionen beharren. Angesichts der Tatsache, dass für eine nachhaltige Lösung dieses Problems auch Anpassungen der Verfassung notwendig sein könnten, ist die derzeitige Konstellation einer großen Koalition geeignet, um dieses Problem zu lösen. Dies ginge aber nur dann, wenn auch Bereitschaft zum Kompromiss besteht. Die SPD muss endlich bereit sein, Vertrauen in die Kommunalpolitik zu setzen und die Option mit kommunaler Verantwortung akzeptieren. Dabei ist es wichtig, dass die Entscheidung auf örtlicher Ebene bleibt. Kein Kreis soll gezwungen werden, Aufgaben zu übernehmen. Keinen Sinn macht, eine funktionierende Lösung auf nur 69 Kreise in Deutschland zu beschränken, wenn andere Kreise dieses Modell übernehmen wollen.

### Liebing auf Maritimer Konferenz in Rostock

Am 29./30. März fand die 6. Maritimen Konferenz in Rostock statt, um über die aktuelle Lage der maritimen Branche zu beraten. Zum Thema Klima- und Umweltschutz im Bereich der Schifffahrt diskutierte Liebing als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und vertrat den auf Initiative der Union gefassten Bundestagsbeschluss zur Zukunft der maritimen Wirtschaft.

### Realitätssinn bei Welternährungs-Problemen

Seinen SPD-Mitbewerber, Hanno Fecke, traf Liebing bei einer Diskussion zum Thema „Weltgerechtigkeit und Welternährung“. Hier warb Liebing für Realitätssinn und warnte u. a. vor einer pauschalen Diskussion über „Tank oder Teller“, da ausreichend Fläche vorhanden sei, um die Welternährung zu sichern und einen Beitrag zum Klimaschutz durch Biomasse zu leisten.

### Patientenverfügungen wichtiges Thema

Bei einer Veranstaltung der SPD-Seniorenorganisation in Heide zum Thema „Patientenverfügungen“ sprach sich Liebing für eine Rechtsgrundlage für Patientenverfügungen aus, um die derzeitige Rechtsunsicherheit zu beenden. Die rechtlichen Hürden sollten so gering wie möglich gehalten werden, viel Spielraum sollte für individuelle Lösungen bleiben.

### Unterstützung Erlebniszentrum Naturgewalten

Am Tag des großen Friesenfestes Biike feierte das Erlebniszentrum Naturgewalten in List mit mehreren hundert Gästen Eröffnung. MdB Ingbert Liebing überbrachte in einem Grußwort Glückwünsche und bekräftigte seine Unterstützung für diese Einrichtung. Bereits seit mehreren Jahren unterstützt er dieses Projekt und engagiert sich auch im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

### CCS-Erfahrungssammlung in Norwegen

Fünf Tage führte Liebing als Delegationsleiter einer Gruppe des Umweltausschuss des Bundestages Gespräche in Norwegen zum Thema CCS. Norwegen verfügt weltweit über die intensivsten Erfahrungen mit der Technologie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung. In Kürze befasst sich der Bundestag mit einem CCS-Gesetz.

### Werbung für Europa

Der 9. März ist Europatag in Deutschlands Schulen. Ingbert Liebing beteiligte sich erneut an diesem Aktionstag und besuchte das Gymnasium in Westerland auf Sylt. Zwei Stunden lang diskutierte er und warb für die europäische Idee und zeigte die praktischen Auswirkungen der europäischen Integration auf den politischen Alltag in Deutschland auf.

## Liebing auf der ITB: Mehrwertsteuer für Gastgewerbe muss sinken

Zwei Tage lang informierte sich Ingbert Liebing, der auch dem Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages angehört, auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin über die aktuellen Entwicklungen dieser Branche. Gemeinsam mit Kollegen aus der Tourismus-Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besuchte Liebing verschiedene internationale Stände und besuchte genauso die Vertreter der Nordsee am schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsstand. Bei einem Informationsgespräch der Tourismus-Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Geschäftsführer der Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) Armin Dellnitz, und deren Aufsichtsratsvorsitzenden Peter Michael Stein, stand naturgemäß die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf den Tourismus im Mittelpunkt. Die Auswirkungen seien bereits zu spüren, aber die Vorbuchungslage für die Saison dennoch hoffnungsvoll, erfuhr Liebing.

Bei einem Gespräch mit der Deutschen Zentrale für Tourismus wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass der klassische Urlaubstourismus in Deutschland noch am wenigsten Rückgänge zu verzeichnen habe. Mecklenburg-Vorpommern rechnet sogar weiterhin mit deutlichem Wachstum. Die größten Probleme ergeben sich in den Städten, die vom Messe- und Kongresstourismus leben. Hier seien inzwischen gravierende Rückgänge zu verzeichnen. Es ist aber ein gutes Zeichen, dass der private Urlaubsverkehr noch nicht eingebrochen ist. Es könnte sogar sein, dass der Urlaub in Deutschland von der Krise profitiert, weil eher der Fernreisetourismus unter der Wirtschaftskrise leidet. In unsicheren Zeiten bleiben offenbar viele Menschen eher im eigenen Land. Dies ist eine gute Perspektive gerade auch für die schleswig-holsteinischen Urlaubsregionen.

Die Tourismuspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informierten sich aber auch über die internationale Szenerie: Am Stand von Taiwan führten sie ein Gespräch mit der dortigen Tourismusministerin. Die Tourismusministerin von Namibia erläuterte den CDU-Politikern die Pläne, das koloniale deutsche Erbe im Land stärker in die Tourismuswerbung gerade in Deutschland einzubeziehen.

**Ein besonders wichtiges Gesprächsthema am Rande der ITB war die Frage der Mehrwertsteuersenkung auf Dienstleistungen im Gastgewerbe.** Nachdem die EU sich darauf verständigt hat, den ermäßigten Satz auch in der Gastronomie generell zu ermöglichen, muss in Deutschland entschieden werden, ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll. Liebing begrüßte die Offenheit des neuen Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg, der Sympathie für eine Mehrwertsteuersenkung für Hotellerie und Gastronomie bekundet hatte, während der SPD-Finanzminister Steinbrück sofort eine Steuersenkung abgelehnt hatte. Liebing sprach sich ausdrücklich für reduzierte Mehrwertsteuersätze im Gastgewerbe aus. Gerade in der aktuellen Wirtschaftslage könne dies ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieser Branche sein. Er erwarte von der



*Auf der ITB im Einsatz für Nordfriesland und Dithmarschen-Nord: Ingbert Liebing hier im Kreis von Vertretern der Destination Nordsee-Schleswig-Holstein auf der ITB vor dem großen Motiv des Roten Kliffs in Kampen, das den Gemeinschaftsstand Schleswig-Holsteins zierte.*

Maßnahme keineswegs die prognostizierten Steuerausfälle, da die Steuersenkung eine Dynamik in der Branche auslösen werde, die die Steuersenkung zu einem wesentlichen Teil kompensieren würde. Es ist zwar nicht zu erwarten, dass kurzfristig eine Einigung in der Koalition erzielt werden kann. Wichtig ist aber, dass ein klares Signal ausgeht, dass die Union in der kommenden Wahlperiode die Möglichkeit reduzierter Mehrwertsteuersätze für das Gastgewerbe nutzen wird. Dazu bedarf es zwar noch mancher Überzeugungsarbeit, aber die Tourismuspolitiker in der Fraktion werden sich für entsprechende Beschlüsse einsetzen.

## Bewegung beim Feuerwehr-Führerschein und Feuerschutzsteuer

Endlich gibt es Bewegung beim Thema „Feuerwehr-Führerschein“: Der Bundestag hat sich auf eine „große Lösung“ verständigt. Danach soll der PKW-Führerschein B künftig für Feuerwehren auch das Führen von Fahrzeugen bis 4,25 Tonnen (t) ermöglichen (statt zur Zeit 3,5 t). Dies soll ohne Prüfungsaufwand und ohne Kosten ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen Fahrzeuge bis 7,5 t mit einer geringen Zusatzausbildung in der Feuerwehr bzw. den übrigen Hilfsdiensten gefahren werden. Dafür soll eine EU-rechtliche Klarstellung erfolgen, dass die Feuerwehren Teil des Katastrophenschutzes sind. Nach europäischem Recht dürfen seit 10 Jahren nur Fahrzeuge bis 3,5 t mit einem neuen Pkw-Führerschein gefahren werden. Zuvor waren dies Fahrzeuge bis 7,5 t. Die Feuerwehren und die Kommunen als Träger der Feuerwehren waren dadurch unter Druck geraten, weil junge Kameraden mit neuen Führerscheinen größere Fahrzeuge nicht mehr fahren durften. Dies hatte Feuerwehren und Gemeinden unter Druck gesetzt: den Feuerwehren fehlt Personal, die Gemeinden müssen teure Führerscheinlehrgänge bezahlen. Die Vereinbarung der Koalition war möglich geworden, nachdem das Bundesverkehrsministerium seinen jahrelangen Widerstand

gegen eine feuerwehr- und gemeindefreundliche Lösung aufgegeben hatte. Allerdings hatte Verkehrsminister Tiefensee zunächst eine „kleine Lösung“ bis 4,25 t angeboten – so, wie vom Bundesrat auf Antrag Bayerns und vom Deutschen Feuerwehrverband gefordert. Auf Druck der CDU / CSU-Bundestagsfraktion ist jetzt die „große Lösung“ bis 7,5 t Fahrzeuggewicht in die Diskussion gekommen: In dieser Fahrzeugklasse sind die meisten Feuerwehr-Einsatzfahrzeuge.

### Feuerschutzsteuer gesichert

In Kürze wird die Föderalismusreform II abgeschlossen. Zunächst sollte die Feuerschutzsteuer, aus der die Gemeinden den Feuerschutz finanzieren, dem Bund übertragen werden. Dies hätte den Gemeinden die Finanzierung der freiwilligen Feuerwehren erschwert. Jetzt bleibt die Feuerschutzsteuer den Gemeinden erhalten und wird durch eine Veränderung der Bemessungsgrundlage sogar im Volumen von zurzeit 320 Mio. Euro auf ca. 400 Mio. Euro steigen.



Gratulation zum 80. Geburtstag von Hinrich Struve aus den Reußenkögen in Nordfriesland (v.l.n.r.): Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hans-Peter Kröger, Ingbert Liebing, mit Hinrich Struve, Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und dem Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein in Berlin, Dr. Olaf Bastian.

### Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

#### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 173

☎ (030) 227 – 76 142

✉ [ingbert.liebing@bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@bundestag.de)

#### Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Antonia Schabel, Regine Sternebeck

#### Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1

25813 Husum

☎ (04841) 23 28

☎ (04841) 800 180

✉ [ingbert.liebing@wk.bundestag.de](mailto:ingbert.liebing@wk.bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen

Hamburger Str. 7

25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ [service@cdu-dithmarschen.de](mailto:service@cdu-dithmarschen.de)

